

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

40 (10.2.1921) Erstes Blatt

Bezugspreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
gebildet monatlich 5.50 M.,
in den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.10 M.,
auswärts durch unsere
Agenturen bezogen 5.50 M.,
monatlich, durch den Brief-
träger frei ins Haus abge-
nommen 5.65 M., Viertel-
jährlich 18.95 M.

Karlsruher Tagblatt

Abonnenten:
Die 9. Sept. Monatshefte
oder deren Raum 1.80 M.,
1.40 M. biswärts 1.80 M.,
Nettoabgabe 5.— M., ar-
erliche Stelle 5.50 M.,
Wabatt nach Carl,
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen (Anzeigen-
bis 4 Uhr nachmittags,
Fernpredanklässe:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Berlag Nr. 297,
Schriftleitung Nr. 20 u. 994
Schriftführer Nr. 277

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verleger: Hermann v. Sack, Verantwortlich für Politik: Martin Golsinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Karl Jobo und Hermann Heid; für den Anzeigen- und Annoncen-Teil: Dr. Kurt Götterich, Friedemann, Pregelestraße 65/66, Telefon-Nr. 1614, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400.

118. Jahrg. Nr. 40. Donnerstag, den 10. Februar 1921. Erstes Blatt

Oesterreichische Schmerzen.

(Von unserem Korrespondenten.)
Dr. D. B. Wien, Anfang Februar.
Die Hoffnungen, die man auf die Pariser Konferenz gesetzt hatte und berechtigter Weise setzen durfte, sind unbegreiflicherweise vorläufig wieder in Nichts zerfallen. Wir stehen neuerlich vor einer beinahe hoffnungslosen Situation. Kein ernst zu nehmender glaubt, daß uns mit dem in Paris ausgegebenen Plan der Gründung einer Privatcorporation zur Sanierung Oesterreichs ohne weitreichende Zuschüsse von Entente-Staatskapital wirkliche Hilfe geboten werden kann. Vielmehr beschleunigt die fürchterliche Enttäuschung nur die politischen und wirtschaftlichen Zerfallserscheinungen, unter denen wir so unglücklich leiden.

Man verheißt sich hier freilich nicht, daß unser Schicksal in noch viel härteren Graden, als schon bisher an die Entwicklung der Geschichte Deutschlands geknüpft ist. Die unsinnigen Wiederbetonungsforderungen der Entente an das Deutsche Reich und die einseitige Ablehnung, die sie in Deutschland finden, berühren hier, wie eine auch uns, und zwar sehr nahe angehende Angelegenheit. Sturmzeichen drohen. Neue europäische Entwicklungen von unabsehbarer Tragweite bereiten sich unversehens vor. In dieser trostlosen Lage sind auch alle unsere Hoffnungen auf das Eingreifen Amerikas gerichtet, wo man den Untergang Mitteleuropas, und vielleicht ganz Europas, unumgänglich als gleichgültiger Zuschauer betrachten kann, und wo in wenigen Wochen die unvermeidliche und schließlich latente Kraft Harvings weltgeschichtsende auf den Plan treten wird.

Die Anschlussbewegung hat unter dem Eindruck der Pariser Enttäuschung wieder in allen Lagern bedeutende Fortschritte gemacht. Zunächst nahm der Tiroler Landtag, wie schon so oft, in einer der kühnsten Kundgebungen zu dieser österreichischen Selbstbestimmungsfrage Stellung. Die übrigen Länderparlamente, und viele mächtige Korporationen folgten nach. Im Bundesrat machte sich unter sämtlichen Parteien die anschlussfreundliche Stimmung immer stärker geltend und das österröcherische Verhalten nach einer Volksabstimmung stand im Vordergrund. Nach den neuesten, vorläufig nicht amtlichen Meldungen hat jedoch die Entente die immer machtvoller vordringende Strömung keineswegs übersehen, sondern ihr kategorisches Anschlussverbot gelegentlich der Pariser Beratungen wieder in verschärfter Form wiederholt. Ob es ihr gelingen wird, die Bewegung damit zum Stillstand zu bringen, wenn, wie es den Anschein hat, die Sanierungsprojekte der Ententemächte auf unzureichender Grundlage aufgebaut sind, und nur vorübergehende Abhilfe schaffen, bleibt abzuwarten. Man sündigt — intra et extra muros — zu viel auf die österreichische Geduld. Die Welt steigt — und eines Tages könnte die Welt, die uns nur mehr als Quantität négligeable einschätzt, ungeahnte Ueberreaktionen erleben.

Auch sonst fehlt es nicht an Anzeichen, daß in der Entente wieder unfreundliche und misstrauische Stimmungen gegen Oesterreich überhand nehmen. So die jüngste Forderung der internationalisierten Kontrollkommission — in die unbillige Form einer kurzfristigen Note gekleidet — das Gezeigtes zu novellieren, das heißt, die Stände der österreichischen Wehrmacht, die bekanntlich 20000 Mann nicht überschreiten dürfen, mit den Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain in Einklang zu bringen. Die Entente fordert, daß die Wehrkräfte auf den Gesamtstand angerechnet werden, während sie bisher einen separaten Status bildeten. So kleinlich die Frage ist, so schwerwiegend ist sie politisch für Oesterreich, nicht nur weil uns unsere drückende Abhängigkeit vom Ausland wieder so sichtbar vor Augen geführt wird, sondern auch weil die inneren Verbindnisse eher eine Vermehrung, als eine Verminderung der ohnedies so geringen Wehrmacht gefordert hätten. Mit der inneren Sicherheit ist es nämlich durchaus nicht so glänzend bestellt, wie man im Ausland — und vielfach auch im Inland — glaubt. Ganz im Gegenteil. Erst jüngst verlangte der Sozialdemokratische Rat Dr. D. E. n. t. i. c. h. mit großer Energie die schleunige Entwaffnung und Auflösung der landlichen Wehrverbände (Einwohnerwehr) Formationen, deren Tendenzen immer offenkundiger reaktionär werden. Andernfalls würden auch die Arbeiter sich bewaffnen müssen und der Zusammenstoß unvermeidlich sein!

Eine andere Entente-Unfreundlichkeit ist die Zustimmung an Ungarn, mit Oesterreich in Verhandlungen über die weingarische Frage einzutreten zu dürfen. Demgegenüber steht bekanntlich unser Standpunkt darin fest, daß es für uns eine weingarische Frage überhaupt nicht gibt, daß die Angelegenheit vielmehr als causa iudicata zu betrachten sei. Sollte es ungarischen Einflüssen tatsächlich gelingen, die Weingarische, die ja ohnedies die magyarische Empfindlichkeit in dieser Frage bis aufs Äußerste geschont haben, zu weiteren Konzessionen zu bringen, so würde das uns zu großen außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten noch erheblich vermehren. Angehts dieser Sachlage ist es bezeichnend, daß — als einziger Lichtblick in dem sonst so trüben Gesamtbild — zwei Zusammenkünfte von großer politischer Tragweite beschlossen wurden und teilweise schon stattfanden. Die Tschekoslowakei, wohl mehr durch innere wirtschaftliche

Schwierigkeiten als durch wiedererwachte Einsticht gedrängt, reißt uns, der Konferenz von Portorose präsumierend, als erste die Bruderhand. Dr. B. e. n. s. c. h., dessen großes europäisches Expoé erst unlängst die verdiente allgemeine Beachtung gefunden hat, traf sich mit dem Bundeskanzler Dr. M. a. y. r. auf der Reise nach Rom zu einer kurzen, doch gewiß bedeutsamen Unterredung und eine weitere Konferenz zwischen dem Bundespräsidenten Dr. H. e. i. n. r. i. c. h. und dem Präsidenten der tschechoslowakischen Republik M. a. s. a. r. n. i. k. ist angehängt. Angeblich soll die Tschekoslowakei ge-

Berlin—München.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:
Nach zuverlässigen Nachrichten haben bereits eine große Anzahl ausländischer Kaufleute ihre Bestellungen in Deutschland zurückgezogen, weil sie fürchten, selbst mit der in Paris vorgeschlagenen Ausfuhrsteuer auf alle deutschen Waren belastet zu werden.

Dieses Gerücht hat natürlich auch die gestrige Sachverständigen-Konferenz im Auswärtigen Amt beschäftigt, denn bei der Begründung f. die Ablehnung der Pariser Beschlüsse, die sich mit unseren eigenen Gegenentwürfen in London verbinden wird, werden jene praktischen Proteste des Auslandshandels, durch den der Zweck der ungeheuerlichen Exportsteuer (Majorität gemacht würde, eine große Rolle spielen.

Zum Glück konnte gestern auch in der Konferenz mitgeteilt werden, daß nach der Ernennung eines Münchener Sondergeandten die Unstimmigkeit zwischen der Reichsregierung und Bayern praktisch behoben sein dürfte. Wir wollen auch nur wünschen, daß das Ministerium nach, das unabweislich innerpolitische Verdienste und Erfolge bei dem moralischen Wiederaufbau aufzuweisen vermag, nicht selbst an dem traurigen Dilemma der Entwaffnungsfrage scheitert. Auch wenn formell den in Haß und Angst geborenen Forderungen der Entente entsprochen werden muß, dürfte es doch möglich sein, den Geist und den Zukunftswillen, der die Regierung leitet, kennzeichnend, aufrecht zu erhalten, um so mehr, weil auch in Bayern jetzt wohl der letzte optimistische Gedanke, von den Franzosen eine Versorgungsbehandlung zu erhalten, gründlich zertrümmert ist. Gleichzeitig müssen aber auch die banerischen Industrie- und Wirtschaftskreise das allergreste Interesse daran haben, daß die Besprechungen über unsere Londoner Gegenentwürfe, die jetzt zwischen der Reichsregierung und den Sachverständigen in Berlin stattfinden, im möglichsten Zusammenwirken u. Einverständnis auch mit Bayern geführt werden. Also genau der Gründe für die Münchener Regierung, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, was außerdem ja nur den Unabhängigen und Kommunisten neuen Agitationsstoff liefern würde.

Sachverständigen-Sitzung im Auswärtigen Amt.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Berlin, 9. Febr. Im Auswärtigen Amt fand heute unter Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entschädigungsfrage im einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenentwürfe vorzubereiten. Der Reichsminister des Auswärtigen gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entschädigungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hierbei besonders behandelt.

Nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsauftrag eingeleitet, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanzen, der Landwirtschaft, der Sechsigfabrik und der Arbeitgeber an.

Vizekanzler Dr. Heinze.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 9. Febr. In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Steintin äußerte sich der Vizekanzler über die Haltung der Regierung und sagte, es sei mehr als fraglich, ob uns wirklich eine schärfere Politik in diesem Augenblick retten könne, und ob nicht mehr Charakterstärke dazu gehöre, vorsichtig zu sein und weise Zurückhaltung zu üben. Wir ständen Frankreich und England vollkommen wehrlos gegenüber. Dem Minister des Auswärtigen Dr. S. i. m. o. n. s. sei es gelungen, im neutralen Ausland und in Amerika sich weitgehendes Vertrauen zu erwerben. Wenn ein solcher Mann erklärt: „Hier ist eine Grenze, weiter können wir nicht“, so könne das seinen Eindruck nicht verfehlen. Wir werden nur nach London gehen, wenn wir die Garantie haben, daß dort wirklich verhandelt wird.

willt sein, uns nun bei unseren großen Schwierigkeiten wertvollere Hilfe als bisher zu bringen und diesen Standpunkt auch in Rom nachdrücklich zu vertreten. Es wird sich sehr bald zeigen — spätestens in Portorose — was von diesen Versprechungen zu halten ist, und inwiefern nur das tschechische Bedürfnis, sich gegen die noch immer bedrohlichen ungarischen Expansionsbestrebungen eine härtere Rückendeckung zu schaffen, die konventuelle Haltung gegenüber unseren Bedürfnissen gerechtfertigt hat. Uns kann es nur recht sein, wenn wir überhaupt wieder ein

Der heftige Landtag hinter der Reichsregierung.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Darmstadt, 9. Febr. Der heute versammelte Finanzausschuß des Landtags, in dem alle Fraktionen vertreten sind, hat in Anwesenheit der Regierung und des Präsidenten des Landtages zu den Pariser Beschlüssen Stellung genommen. Ein mützig stellte er sich als Vertreter des heftigen Volkes hinter die Regierung in Berlin und erwartet, daß die an dem ausgesprochenen „Annehmbar“ der Pariser Beschlüsse festhält. Der Ausschuß spricht das Vertrauen aus, daß die Regierung Mittel und Wege finden wird, um bei den Verhandlungen in London Bedingungen zu erzielen, die für uns erfüllbar sind, die auf der Grundlage ausgleichender Gerechtigkeit beruhen und die Selbständigkeit und die Würde des Deutschen Reiches nicht antasten.

Eine Sondereinladung von England.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Berlin, 9. Febr. Bei der deutschen Regierung ist eine Sondereinladung der englischen Regierung zu der Londoner Konferenz eingegangen. Die Einladung wird zusammen mit der deutschen Antwort veröffentlicht werden.

Die deutschen Vertreter auf der Londoner Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 9. Febr. Nähermeldungen zufolge wird sich die deutsche Regierung auf der Londoner Konferenz durch den Reichsminister des Auswärtigen Dr. S. i. m. o. n. s. und den Reichsfinanzminister Dr. W. i. r. t. h. vertreten lassen. Die Minister werden von einem Stab politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Sachverständiger begleitet werden.

„Daily Chronicle“.

(Eigener Drahtbericht.)
London, 9. Febr. „Daily Chronicle“ sieht die Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung der Alliierten zur Teilnahme an der Londoner Konferenz als eine unbeschränkte Annahme an. Das Blatt schreibt, man könnte sich, obgleich es weniger erwarten, eine Reihe von praktischen deutschen Vorschlägen denken, die die Alliierten gerne ihren eigenen Vorschlägen einverleiben, aber gar sie an die Stelle ihrer eigenen setzen würden. Jedoch hätten die Alliierten das letzte Wort. Die deutsche Note gebe nicht zu verstehen, daß die Vorschläge der Alliierten unannehmbar seien, aber nur, daß sie nicht den einzigen Ausgangspunkt der Erörterung bilden könnten.

Armenien auf der Londoner Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Paris, 9. Febr. Für die Konferenz in London hat nach einer Blättermeldung der armenische Nationalrat einen Delegierten ernannt.

Rücktritt des deutschen Gesandten in Polen.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 9. Febr. Der deutsche Gesandte in Polen, Graf v. Oberndorff, hat um Entsendung seines Postens in Warschau gebeten. Graf Oberndorff ist aus rein privaten Gründen, vor allem durch den dauernd leidenden Gesundheitszustand nächster Angehöriger zu diesem Entschluß gezwungen worden. Als Geschäftsträger in Warschau fungiert bis auf weiteres Legationsrat Dirksen, der Sohn des ehemaligen Gesandten von Dirsken.

Das Danziger-polnische Abkommen.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 9. Febr. Zur weiteren Vorbereitung des Verhandlungsprogramms für das danziger-polnische Abkommen begibt sich morgen eine Abordnung des Senats der Stadt Danzig nach Warschau. Es handelt sich im wesentlichen darum, festzulegen, welche von den einzelnen Ausschüssen in Warschau oder Danzig beraten sollen.

Zwangsanleihe in Polen.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Warschau, 9. Febr. Der Finanzminister hat sich dazu entschlossen, von dem Geseß über die Zwangsanleihe Gebrauch zu machen. Unabhängig von der Zwangsanleihe wird eine weitere Vorlage über den Entwurf einer einmaligen Vermögensabgabe beraten.

Faktor werden — sei es auch in passivem Sinn — und wie die Dinge sich gestalten, sieht es fast so aus, als hätten wir von der Kleinen Entente ausgiebigere Unterstellungen zu erwarten, als von der Großen, die uns ausfaßt, bevormundet, tyrannisiert und im übrigen mit leeren Redensarten abspieißt.

Soweit es seine schwachen Kräfte gestattet, versucht es Oesterreich sich auch aus Eigenem ein wenig gegen das hereinbrechende Unheil zu wehren. Teilweise unter dem Druck der Reparationskommission wurde die Einleitung einer Erparungskommission beschlossen und nach langen Vorbereitungen endlich durchgeführt. Sie besteht aus 15 Mitgliedern aus den verschiedenen Zweigen der Verwaltung, aus Handels- und Industrieleuten. Ihr Präsident ist Dr. Max Wladimir B. e. d., derzeit Präsident des Rechnungsausschusses und einer der erfolgreichsten Ministerpräsidenten des alten Oesterreichs. Noch zwei kaiserliche Ex-Minister, Dr. Redlich und Wittel, gehören ihr an. Die Mitglieder sind unabhängig, üben ihre Funktion als Ehrenamt aus und sind mit der erforderlichen Autorität ausgestattet. So wollen wir hoffen, daß sie erprießliche Arbeit leisten wird.

Noch von einer anderen Seite versuchen wir dem Preis- und Valutaproblem beizukommen. Damit dem zunehmenden Defizit, das bekanntermaßen nicht den Ausgaben für Staatsbedürfnisse vor allem durch die Staatszuschüsse zu den Preisen der ausländischen Lebensmittel entsteht, wenigstens teilweise Einhalt geboten werde, soll der Brotpreis künftighin in dreifacher Gestalt — je nach dem Einkommen des Konsumenten — zu entrichten sein. Personen mit Jahreseinkünften unter 12000 Kronen sollen 8 Kronen, Verbraucher mit einem Einkommen von 20000 Kronen pro Kopf der Haushaltung 50—60 Kronen und alle übrigen dazwischenliegenden Konsumenten 15 Kronen für den Maß bezahlen. Ähnlich wird der Mehlpreis gestaffelt werden. So gerechtfertigt das Prinzip erscheint, so ist der Preis von 15 Kronen, den die Masse der nächsten Bevölkerung zu bezahlen hätte (notabene für ein fast ungenießbares Brot) doch viel zu hoch bemessen und in der Tat haben die Sozialdemokraten gegen die geplante Neuregelung bereits motivierte Gegenstellungen erhoben, die im Wesen auf Entlastung der Arbeiter und Angehörten und höhere Besteuerung der Unternehmer hinauslaufen. Hierüber dürfte es wohl noch zu erregten Auseinandersetzungen kommen, die die vorhandene soziale Spannung weiter vermehren dürften.

Eine zweite Regierungsvorlage führt die früher bestanden — wieder abgeschaffte — Brotanleihe — für ländliche Selbstverbraucher wesentlich erhöht — neu ein. Auch hier sind in den obersten Einkommensstufen starke Progressionen in Aussicht genommen.

Den bäuerlichen Produzenten wird überhaupt nun etwas schärfer zu Gebote gelangen. Der bis zum 1. April sein Kontingent nicht abbelehrt hat, muß dem Staat die Differenz zwischen den Uebernahmepreisen für in- und ausländisches Getreide bezahlen, also etwa 45 Kronen für ein Hektogramm. Das würde wirken — vorausgesetzt, daß es wirklich Geseß wird, was angesichts der agrarischen Macht und Begehrtheit fraglich bezweifelt werden darf.

Außerdem wird geplant, durch stärkere Heranziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften auch den freien Getreidehandel (über das absteuerpflichtige Kontingent) gewissermaßen zu zentralisieren und durch Verschärfung der Strafbestimmungen den Schleichhandel erfolgreicher zu bekämpfen. Voraussichtliches Resultat — siehe oben.

Schließlich beabsichtigt die Regierung, zur Heilung des schwerkranken Budgets eine Valuta-Umschärfung und eine laufende Vermögenssteuer einzuführen, sowie den Beitrag der Vermögensabgabe durch weitere Begünstigungen, Fristverlängerungen u. dgl. möglichst ergebiger zu gestalten. Allerdings scheint nach der Meinung informierter und maßgebender Kreise gegenwärtig nur die Beratung, nicht aber die tatsächliche Durchführung der Vermögenssteuer erfolgen, weil die Finanzorgane derzeit mit der ungeheuren Arbeit der einmaligen Vermögensabgabe zu sehr überlastet sind. Neben der laufenden Vermögenssteuer wird eine Vermögenswachstumssteuer erwogen, die von 3 zu 3 Jahren eingehoben werden würde.

Ob alles das nicht leere Projekte bleiben, kann freilich niemand wissen. Die Verhältnisse treiben ohne Zweifel zu rühmten und möglicherweise gewaltigen Entscheidungen. Vom Preisabbau, der noch vor kurzem in sehr energischer Weise unter Androhung der äußersten Repressivmaßnahmen persönlicher Natur gefordert wurde, ist noch immer nicht viel zu sehen. Da der gefürchtete 20. Januar vorübergegangen ist, ohne daß, wie verheißt worden war, ein paar der berichtigten Wucherer und Schieber vor der Börse an Laternenpfählen baumelten, hat man in diesen Kreisen wieder etwas Mut gefaßt. Nur einige allzu exponierte Kaffeehändler sind geschlossen worden, oder werden seitdem gemieden. Im übrigen geht das alte Treiben ziemlich unverändert weiter. Sie und da nimmt das Kriegsmunitionsmagazin in Schleißhändlerlokale, neuem auch in Vergnügungsräumen, vor, wobei regelmäßig eine sehr ansehnliche Beute, namentlich in fremden Valuten, eingebracht wird. Fliegende Kommissionen, denen auch Vertreter der Konsumenten

ten zugezogen werden, sollen die Preisfestsetzungen an Ort und Stelle prüfen und ohne bürokratische Weislaufscheit sofort amtsabhandeln.

Wie hat in allen Gliedern das Gefühl, vor einem bedeutenden Umsturz zu stehen. Das Geld fliegt wie noch nie, alle Reibungen sind überfüllt, wie folgt je im Frieden, Karten zu einer dieser Veranstaltungen (Wörter Wubensball), von der man sich besondere Bikanterien versprach, wurden im Schleichhandel mit vielen Tausenden aufgewogen.

Ein beispielhaftes Sittenbild aus dem Wien von 1921 ist die Verfassung des Reichsanwalts Dr. Meltinger, der überwiesen ist, in ständiger Verbindung mit Einbrechern im Handelsgericht gestanden zu sein, für sie Briefe geschlüsselt, unethische Zusammenkünfte vermittelt, ja Wertgegenstände veräußert, zum Teil sogar für sich behalten zu haben.

Wenn das nicht Vorboten der großen Katastrophe sind! Doktor Gaernin, einer der wenigen, ernst zu nehmenden, und bei allem, was man gegen seine Vergangenheit und Gegenwart einwenden mag, orientiertesten bürgerlichen Politiker von Oesterreich hat kürzlich in sehr lebhaften Äußerungen das Bild des heranabenden Bolschewismus an die Wand gemalt, und dieser ungeborenen Weltgefahr gegenüber zur einmütigen Konzentration aller im Bürgerium noch vorhandenen Kräfte ohne Unterbrechung der Parteitätelung gemacht.

Außenpolitische Umschau.

Da die Holländer überhäuft sind, so hat sich die holländische Regierung für die vorübergehende Anfassung des schiffbauigen Arbeitskräfte erklärt.

Theater und Musik.

Wiener Theater.

Im den Kammertheatern des Deutschen Theaters gab es drei Einakter verschiedenen Wertes, von denen nur der eine neu war. „Komtesse Alo“ von Max Burghard ist eine ordinäre Verhöhnung der Aristokratie, schon zur Zeit ihrer Entfaltung eine literarische Duberei, heute, da der verunglimpft Stand wehrlos ist, eine feige obendrein.

Die neue Wiener Bühne spielte die Leo Greiner'sche Bearbeitung der „Kastrata“ von Aristophanes. Die Komödie, die im Weltkrieg verboten war, kommt reichlich spät nach Wien, zehn Jahre nach der Berliner Aufführung.

Grund des Friedensvertrages bis jetzt an England 801 feindliche Schiffe ausgeliefert worden, wovon 151 verkauft worden sind. Unter letzteren befinden sich Passagierdampfer mit einem Tonnengehalt von 168 497 und Frachtdampfer mit 755 581 T. Nicht verkauft sind Passagierdampfer mit insgesamt 392 054 T. und Frachtdampfer mit 716 192 T.

Der „Daily Mail“ wird aus New York gemeldet, daß die irischen Agitatoren in den Vereinigten Staaten die Mitteilung erhielten, vom Vatikan sei keine Unterstützung der irischen Angelegenheiten zu erwarten.

Die „Westminster Gazette“ beschreibt die Erreuma, die die Rede Chamberlains in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat. Das Blatt erinnert daran, daß England den Vereinigten Staaten für 889 Millionen Pfund Sterling schulde, während es von seinen Verbündeten 1781 Millionen Pfund zurückbehalten muß.

Der verbotene Truppentransport durch die Schweiz.

Bern, 9. Febr. Eine Pariser Savasmeldung berichtet, daß man in den leitenden Kreisen heimlich überrascht sei darüber, daß die Schweiz den verlangten Durchtransport von Völkerbundstruppen durch Schweizer Gebiet abgelehnt habe.

Die „Gazette de Lausanne“ wirft dem Völkerbundsekretariat Mangel an Takt vor, weil es sich nicht an die Schweizer Regierung gewandt habe, sondern an die Defensivkräfte. Der „Berliner Tagblatt“ schreibt über die Pariser Auslegung, sie habe ihren Eindruck und Zweck verfehlt.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

e. Basel, 9. Febr. Nach der „Nationalzeitung“ betrug die Zahl der gänzlich Arbeitslosen in der Schweiz am 7. Februar rund 37 000 gegenüber 34 500 am 31. Januar. Durch Betriebsbeschränkungen waren außerdem rund 76 000 Personen teilweise arbeitslos, d. h. etwa 4000 mehr als Ende Januar.

Weltere Verhaftungen von Kommunisten in Frankreich.

Paris, 9. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Marseille sind dort vier Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden. Die Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit der in Paris eingeleiteten Untersuchung über die kommunistische Propaganda.

Wien.

Stockholm, 9. Febr. Laut „Socialdemokraten“ hat sich die Sozialregierung nach mehrmaligen Beratungen damit einverstanden erklärt, daß Militärkontingente neutraler Staaten für die Ordnung im Winaer Abwimmungsgebiet sorgen. Engländer und französische Truppen würde die russische Regierung im Winaer Abwimmungsgebiet nicht dulden, dagegen würde man in Moskau keinen Einspruch erheben gegen die Entsendung amerikanischer und italienischer Truppen.

Da wir mittlerweile den grauhaftesten aller Kriege erlebt haben, können wir ihrem Humor nur mehr wenig abgewinnen, so zeitgemäß sie auch über die Jahrhunderte hinweg dem Thema nach annimmt.

Das Stadttheater belebte des jüngeren Dumars interessante Komödie „Der Fall Clemenceau“ neu. In diesem Stück wurde feinerzeit das große Talent der Adele Sandrock entdeckt, die nach bewiesener persönlicher und künstlerischer Schickalen nun in Berlin den Uebergang ins ältere Fach gefunden hat.

Harry Walden, der vielgenannte Direktor und Bonivandier der Renaissance-Bühne hat mit recht unzulänglichen Mitteln — einen Selbstmordversuch unternommen, von dessen Folgen er so bald hergestellt war, daß er schon einige Tage darauf in dem Jugitakt „Befändnis“ wieder auftreten konnte.

Wentz Sauer, der hier bestens bekannte, von Elisabeth Gubmann angeschuldete lrische Tenor, seit Herbst am Heilbronner Stadttheater, ist für kommende Spielzeit als Altendorfer Landesdeutscher unter sehr günstigen Bedingungen verpflichtet worden.

Die „Neue Wiener Bühne“ spielte die Leo Greiner'sche Bearbeitung der „Kastrata“ von Aristophanes. Die Komödie, die im Weltkrieg verboten war, kommt reichlich spät nach Wien, zehn Jahre nach der Berliner Aufführung.

Bevorstehende Regierungskrise in Schweden.

(Eigener Drahtbericht.)

Stockholm, 9. Febr. Anläßlich der heutigen Erörterung der Regierungsvorlage über die Erhöhung des Kaffeepolls wird mit der Möglichkeit einer Demission des Finanzministers geredet.

Bürgergarden in Irland.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 9. Febr. Wie aus Cork gemeldet wird, teilt die Militärbehörde die gesamte irische Bevölkerung zwischen 17 und 70 Jahren in Lige ein, die als Bürgergarde aufzutreten sollen, um in den ihnen angewiesenen Bezirken zu verhindern, daß Ueberfälle auf die Streitkräfte der Polizeitruppen vorfallen.

Deutsches Reich.

Waffenbund.

In der in einem Teil der Presse erschienenen Nachricht über einen Waffenbund in Wehen in Berlin teilt das Berliner Polizeipräsidium mit, der Präsident habe im November vorigen Jahres den Beweis für das Bestehen einer Berliner Gewehr-Organisation erbracht.

Die Denkschrift über den Reichspräsidenten. Der vom Reichsfinanzministerium mit der Abfassung einer Denkschrift über die Zusammenfassung des Reichspräsidenten beauftragte Ministerialrat Nordemann hat diese Denkschrift dem Minister überreicht.

Keine „Sächsische Königspartei“.

Die uns unter Dresdenener Korrespondent drabtet, haben sich die Meldungen von kommunistischer Seite über Machenschaften einer angeblichen „Sächsischen Königspartei“ nach amtlicher Untersuchung als gänzlich falsch herausgestellt.

Badischer Landtag.

Voranschlag des Finanzministeriums.

Die allgemeine Beratung des Voranschlags für das Finanzministerium (II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1920) wurde gestern vormittag nach der üblichen Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und nach Beantwortung kurzer Anfragen fortgesetzt.

Andrade. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist dort Francesco Andrade, der einst in der ganzen Welt berühmte Sänger, einem Schlaganfall erlegen, den er vor einigen Tagen erlitten hat.

Auffindung unbekannter Märche von Mozart. Ein anglo-amerikanischer Mäzen hat kürzlich der französischen Akademie zehn unbekannte Handschriften von Mozart zum Geschenk gemacht, auf die ihn der frühere französische Ministerpräsident Barthou aufmerksam gemacht hatte.

Kunst und Wissenschaft.

Die Künstler der neuen Reichsbanknoten. Die neuen deutschen Banknoten zu 100, 50 und 10 Mark kommen dieser Tage zur Ausgabe bzw. sind in den letzten Tagen zum ersten Male ausgegeben worden.

Englische Expedition nach Spitzbergen. Die Londoner Wälder melden, rüstet die Universität Oxford eine Expedition nach Spitzbergen aus.

saamen Ermahnungen, sondern hier helfe nur festes Zugreifen. Die Anregung Dr. Gindners, Entwärfe der Regierung, die diese wirtschaftlichen Organisationen übergebe, auch den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen, begrüßte er und warf der katholischen Kirche vor, daß sie in der letzten Zeit den Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Presse so scharf aufgenommen habe.

Finanzminister Böcher dankte den Parteien für die ihm und den Beamten gezollten Worte der Anerkennung und deutete diese auch auf die ihm unterstellten Reichsbeamten aus. Es sei gelungen, für die Erörterung finanzieller Fragen, einen neutralen Boden zu schaffen und das sei außerordentlich erfreulich.

Die allgemeine Beratung des Voranschlags für das Finanzministerium (II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1920) wurde gestern vormittag nach der üblichen Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und nach Beantwortung kurzer Anfragen fortgesetzt.

Ein Denkmal der Gefallenen im Kölner Dom. In einem Heft der Kölner Dominikane ist jetzt das riesige Denkmal aufgeführt worden, eine Schöpfung Prof. Graseggers für die Gefallenen des großen Krieges.

Die Künstler der neuen Reichsbanknoten. Die neuen deutschen Banknoten zu 100, 50 und 10 Mark kommen dieser Tage zur Ausgabe bzw. sind in den letzten Tagen zum ersten Male ausgegeben worden.

Englische Expedition nach Spitzbergen. Die Londoner Wälder melden, rüstet die Universität Oxford eine Expedition nach Spitzbergen aus.

Personalien. Der bekannte Heidelberger Geschichtsprofessor Geh. Rat Duden hat Berufungen von den Universitäten Berlin und Göttingen erhalten.

